

**Zukunft! Für unser Klima, für Demokratie, für soziale Gerechtigkeit
Großdemo am 18. Mai 2019
K o b l e n z**

Welches Europa wollen wir?

JA - der Europäische Gedanke ist voll zu unterstützen, schließlich haben wir seit 74 Jahren auf europäischem Boden keinen Weltkrieg mehr. Allein das ist unschätzbar wertvoll!

JA - zu einem d e m o k r a t i s c h e n, vereinten, friedlichen, freien, toleranten, weltoffenen, antirassistischen, humanitären Europa gibt es keine Alternative. Aber ist diese Aussage, die auch strikte Forderung ist, allein ausreichend?

Fakt ist: Das derzeitige Europa ist strukturell demokratisch verfasst. Es ist aber in der Realität auch ein durchgängig n e o l i b e r a l e s / m a r k t r a d i k a l e s (m a r k t e x t r e – m i s t i s c h e r Kapitalismus) Europa und in bestimmter Hinsicht auch militaristisches Europa. Kann ein solches Europa wirklich inhaltlich d e m o k r a t i s c h sein? Kann es wirklich sozial gerecht, solidarisch sein?

Kann es den r e c h t s r e a k t i o n ä r e n U n g e i s t b ä n d i g e n ?

Reale EU-Vergangenheit und EU-Gegenwart zeigt sich z.B. auch in

- Bankenrettung („Sozialismus“ für Banken); Griechenlandtragödie (europäischer Austeritätskurs zur Verarmung und Demütigung des griechischen „kleinen Mannes“ - zum Vorteil des europäischen Großkapitals);
- Flüchtlingskrise: Festung Europa (Mittelmeer-Grab);
- Verlegung der EU-Außengrenze in die afrikanische Sahelzone;
- enge Zusammenarbeit mit Diktatoren („Türsteher“ der EU);
- globale militärische Interventionen zur Sicherung von EU-Interessen.

Ist das pro-europäisch?

Sind das die gemeinsamen europäischen Werte?

Ist das Demokratie, die sittlichen Ansprüchen gerecht wird?

Rückblick:

Schon die Attische Demokratie (Athen) im 5. Jahrhundert vor Chr. verstand sich als Volkssouveränität und bestimmte damit das Volk zum souveränen/herrschenden Träger der Staatsgewalt.

Frauen und Sklaven waren aber neben anderen Menschengruppen in der Attischen Demokratie von der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen.

In der Zeit der europäischen Kolonialreiche gab es Demokratie nur für die Herrenvölker, also die 'weißen' Gemeinschaften.

Am 19. Januar 1919 fand in Deutschland die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung statt. Diese Wahl war die e r s t e in Deutschland, an der Frauen als Wählerinnen und Gewählte teilnahmen.

Demokratie - was ist das wesensmäßig/inhaltlich?

Demokratie soll die Grundlage schaffen für eine Vielfalt moderner politischer Ordnungen, deren gemeinsames Kennzeichen die Volkssouveränität und die Beschränkung politischer Herrschaft ist. In Demokratien ist das Volk oberster Souverän und oberste Legitimation politischen Handelns. Der Souverän herrscht unmittelbar/direkt oder mittelbar durch vom Volk gewählte Abgeordnete.

Postdemokratie (Scheindemokratie ?)

Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch hat den Begriff der „Postdemokratie“ eingeführt. Damit ist ein Gemeinwesen gemeint, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische (teilnahmslose) Rolle.

Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die `r e a l e P o l i t i k` hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten. (...)

In einer Postdemokratie, in der immer mehr Macht an die `L o b b y i s t e n` der Wirtschaft übergeht, stehen die Chancen schlecht für egalitäre politische Projekte zur Umverteilung von Wohlstand und Macht sowie die Eindämmung des Einflusses mächtiger Interessengruppen.

Die Schlüsselinstitution der postdemokratischen Welt ist nach Crouch das globale Unternehmen. Das globale Unternehmen weist die Regierung darauf hin, dass es in diesem Land nicht investieren wird, wenn die nationalen Politiker darauf bestehen sollten, gewisse weitreichende Rechte der Arbeitnehmer beizubehalten, welche sich ungünstig auf die Kostenstruktur, die Profiterwartung, die Kapitalanhäufung des globalen Unternehmens auswirken.

`L o b b y i s t e n` sind intelligent, gut organisiert und finanziell bestens ausgestattet. Und sie können Demokratien gefährden. Diese demokratisch nicht legitimierte Macht der Lobbyisten - `L o b b y i s t e n` schreiben in deutschen Ministerien und in der EU-Kommission ungeniert Gesetze / Verordnungen / Richtlinien zu ihren Gunsten - muss effektiv zurückgedrängt, ja notfalls gebrochen werden!

Neoliberale Praktiken in Deutschland, Europa, der Welt

Der Rechtswissenschaftler Andreas Fisahn verortet die Deregulierung des Arbeitsrechts/der Arbeitsbeziehungen und die Senkung der Steuern für große Unternehmen letztlich als wesentliche Säulen der neoliberalen `U m v e r t e i l u n g`. Um das „scheue Reh“ Kapital anzulocken, werden Unternehmens- und Einkommensteuern gesenkt und über die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen Druck auf das Lohnniveau erzeugt. So entsteht insgesamt eine Umverteilung von unten nach oben. Diese Umverteilung nach oben führt logischerweise dazu, dass sich noch mehr Kapital in den Händen weniger konzentriert, Kapital, das wiederum neue Anlagemöglichkeiten, d.h. Chancen für eine hohe Verzinsung durch Privatisierung sucht. So werden neue Märkte auch im Inneren gesucht und gefunden in den Bereichen öffentlicher Dienstleistungen, die als Daseinsvorsorge für die Menschen `v o r h e r` vom Staat organisiert wurden. Die Privatisierung führt einerseits dazu, dass privates Kapital investiert und meist - durch staatliche Garantien - gut verzinst werden kann. Das führt notwendigerweise zu einer anderen Funktionslogik dieses privatisierten Bereichs: Es geht

nicht mehr um die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Dienstleistungen, sondern um die Erzielung von Gewinnen als Zinsen auf investiertes Kapital.

Das führt schließlich zur der **Abschottung** der politischen Entscheidungsfindung gegen die **demokratische** Willensbildungsprozesse. Für diese Abschottung gibt es Beispiele:

International wichtige Beispiele sind: Freihandel / sog. Wirtschaftspartnerschafts-abkommen / Landgrabbing

Die Befürworter des weltweiten Freihandels versprechen der Menschheit mehr Arbeitsplätze, mehr Wirtschaftswachstum und insgesamt wachsenden, qualitativen, umweltverträglichen Wohlstand unter **demokratischen** Bedingungen. Die Erfahrung hat dies nicht nachgewiesen und schlimmer noch, die Realität der hier stellvertretend genannten Freihandelsabkommen TTIP (zwischen EU und USA), CETA (zwischen EU und Kanada), JEFTA (zwischen EU und Japan) zeichnet ein konträr anderes Bild. TTIP ist nicht tot. Es wird z.Zt. versucht dieses wiederzubeleben!

Stattdeswegen findet tatsächlich eine fast religiös anmutende Gläubigkeit an den Markt. Dieser Marktfundamentalismus als extremistischer Kapitalismus setzt die Freihandelsabkommen als Instrumente der Deregulierung, des Abbaus von Umweltschutz-, Verbraucherschutzstandards, von Arbeitnehmerschutzrechten, von öffentlich-rechtlicher Daseinsvorsorge und Gemeinwohlstandards ein.

Die wesentlichen Stichworte heißen in diesem Zusammenhang:

- Schiedsgerichte als Paralleljustiz mit Sonderklagerechten für Konzerne/Investoren z.B. auf „entgangenen Gewinn“ wegen von Staaten erlassenen **verbesserten** Umweltschutz-, Arbeitnehmerschutz-, Verbraucherschutzgesetzen. Das Kapital klagt. Die Betroffenen haben zu dulden und zu leiden!
- Negativlisten (nur die Ausnahmesachverhalte, die **nicht liberalisiert** werden sollen, werden hier aufgeführt). **Alles andere darf privatisiert / liberalisiert** werden!
- Im Umweltschutz muss das **europäische Vorsorgeprinzip** (Vorsichtsprinzip) vollumfänglich gelten und keinesfalls das Prinzip des 'risikobasierten Ansatzes' (wie jedenfalls in den USA), wonach ein Stoff so lange verwendet werden darf, bis eine von ihm ausgehende beträchtliche Gefahr „wissenschaftsbasiert“ zweifelsfrei nachgewiesen ist. Wenn das 'Kind in den Brunnen gefallen ist' - ist es zu spät!

Beim Zustandekommen der Freihandelsabkommen wurde und wird der **demokratische Prozess** jedenfalls ausgehebelt durch:

- jahrelange gewollte Geheimverhandlungen,
- Konzernlobbyismus z.B. per sog. Regulatorischer Kooperation. Diese sieht einen gemeinsamen Regulierungsrat vor, in dem Standards und Normen gegenseitig anerkannt oder einander angepasst werden, um nichttarifäre Handelshemmnisse zu beseitigen, was regelmäßig im Ergebnis die Absenkung von Umweltschutz-, Verbraucherschutz-, und Arbeitsrechtsstandards

zur Folge hat. Gegenseitige Anerkennung von Standards führt zu einem **U n t e r b i e t u n g s-
w e t t l a u f**. Dieser Rat kommentiert und beeinflusst - dirigiert durch an Gewinnmaximierung
orientiertem Konzernlobbyismus - die künftige Gesetzgebung, **b e v o r (!)** das Europäische
Parlament oder das entsprechende Verfassungsorgan des Freihandelspartners diese
Gesetzgebung **ü b e r h a u p t g e s t a l t e n k ö n n e n**.

Dies alles entbehrt einer ausreichenden **d e m o k r a t i s c h e n** Rückbindung wegen
mangelhafter Parlamentsbeteiligung und ist daher abzulehnen.

- Stillstands- und Sperrklinkenklauseln: Einmal privatisierte Betriebe können nicht in die
öffentliche Hand zurückgeführt werden! Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung! Z.B.
in JEFTA ist **n i c h t** festgehalten, das Wasser keine Ware ist!

Und - was oft vergessen wird - diese Freihandelsabkommen zwischen den wirtschaftlich hoch
entwickelten/hochindustrialisierten Freihandelspartnern EU - Kanada / Japan / USA setzen
mit markttextremistischem Kapitalismus (Neoliberalismus) auch die Staaten unter Druck, welche
formell an diesen Handelsabkommen überhaupt nicht teilnehmen - wie z.B. Brasilien, Malaysia
und Indonesien (dort findet illegales, global umweltschädliches Abholzen von Wäldern statt!).

Länder der Dritten Welt haben beim Handel mit den Spitzenwirtschaftsmächten EU / Japan /
Kanada / USA ohnehin die weit schwächere Verhandlungsposition und damit nur ungenügende
Möglichkeiten zu wirtschaftlichem Aufschwung und Wohlstand.

Insbesondere die sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Afrika sind weiterhin
derart ausgestaltet, dass sie eine wirtschaftliche Gesundung des Schwarzen Kontinents verhindern
- allen EU Sonntagsreden zum Trotz!

L a n d g r a b b i n g

Insbesondere Agrarkonzerne sichern sich zunehmend wichtige Wasser- und Landrechte. Oftmals
bieten korrupte Regierungen Flächen feil, welche als unverkauft und ungenutzt gelten. Doch in den
wenigsten Fällen liegt das Land tatsächlich brach; meist wird es von mittellosen Familien zum
Anbau von Nahrungsmitteln verwendet. Den Kleinbauern fehlt dann der Zugang zu Land und
Wasser, um sich und ihre Familien zu versorgen. Ihr Grundrecht auf Nahrung wird verletzt.
Insbesondere der Afrikanische Kontinent ist sehr wesentlich betroffen.

Natürlich sind auch dies Fluchtursachen!

Auch außerlandwirtschaftliche Investoren kaufen immer häufiger Ackerland auf und treiben
damit die Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen in die Höhe. Äcker werden zum
S p e k u l a t i o n s o b j e k t.

Landgrabbing ist auch innerhalb der EU längst in vollem Gange. Hier ist Landgrabbing besonders
auf die osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten konzentriert. Die EU hat strukturelle Veränderungen
in Europa durchgesetzt, die zu einer Landkonzentration in wenigen Händen führen, nach dem
Vorbild von Ländern wie Frankreich, Deutschland oder den Niederlanden. Die EU-Kommission bzw.
die EU-Behörden schützen sehr akkurat den „freien Verkehr von Waren, Personen,
Dienstleistungen und Kapital“. Dieser „freie Verkehr“ soll von keinerlei lokaler Kontrolle und
Protektionismus gestört werden. Im März 2015 eröffnete die EU-Kommission gegen Bulgarien,

Ungarn, Litauen, die Slowakei und Lettland Vertragsverletzungsverfahren wegen deren Beschränkungen für den Grunderwerb.

Bei den Landerwerbern darf es keine Anforderungen zu Wohnsitz und Ortsansässigkeit der Erwerber, ihren landwirtschaftlichen Qualifikationen und keine Diskriminierung juristischer gegenüber natürlichen Personen geben! Gerade der Wechsel der Eigentümerstruktur, von natürlichen Personen, namentlich Bauern und deren Familien, zu juristischen Personen wie GmbH's, Aktiengesellschaften, internationalen Holdings - ist die fundamentale Veränderung der politischen Ökonomie der Landwirtschaft in Europa. Diese Landwirtschaft wird jetzt kontrolliert von Verwaltern und Aktionären. Das Interesse der Anteilseigner gibt den Ausschlag darüber wie das Land bewirtschaftet wird. Dieses Interesse heißt weitestgehend: Profit, Profit, Profit!

Die neoliberale Autonomie ist eine Autonomie der sozial mächtigen Klassen der Gesellschaft. Diese sozial mächtigen Klassen sind jedoch gemessen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland, der EU und global unzweifelhaft die Minderheit. Sie bilden also eine kleine Gruppe, die politisch herrscht. Das ist jedoch **O l i g a r c h i e** - nicht Demokratie!

Wege aus Postdemokratie und Neoliberalismus in Europa

Wir müssen uns selbst als Träger der Demokratie - der Herrschaft des Volkes - wieder wirkmächtig einsetzen. In Bereichen, in denen die repräsentative Demokratie eine echte Herrschaft des Volkes faktisch mehr verhindert als befördert, müssen unmittelbare Demokratiestrukturen fest verankert werden.

Etabliert werden muss zudem eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie als Vorstufe zu einem die Ökologieanforderungen priorisierenden, sozial gerechten, solidarischen, egalitären und kooperativen Demokratiemodell außerhalb des Neoliberalismus und schließlich des Kapitalismus.

Sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie bedarf jedenfalls eines robusten Gerüsts aus: Politischer Demokratie, Sozialstaat, Tarifautonomie, Gestaltender Staat in der Wirtschaft, Erweiterte Mitbestimmung/ Demokratische Arbeit, Gemeinwohlorientierte Kombination von öffentlichem und privatem Eigentum an Unternehmen, Gute Bildung und gute Arbeit für alle, Verteilungsgerechtigkeit, Ökologische, nachhaltige Wirtschaft, Domestizierung des Finanzsektors durch umfassende Regulierung, Reform der Europäischen Unternehmensverfassung inklusive der Errichtung von Wirtschaftsräten.

Wir müssen uns der Entzivilisierung durch die Rechten massiv in den Weg stellen

Bei aller berechtigten Kritik am realen Zustand von Europa: Die rechtsreaktionären / rechtsextremen / rechtsradikalen Kräfte in Europa werden und wollen Europa nicht verbessern. Ein wirklich demokratisches, geeintes Europa wollen sie zerstören - sie betreiben einen rechten Kulturkampf. Egal ob Orbán (Ungarn), Salvini (Italien), Marine Le Pen (Frankreich), Nigel Farage (GB), Gauland, von Storch, Alice Weidel oder Höcke - egal, ob diese sich als Vertreter eines unklaren/verschwommenen „Sozialpatriotismus“ oder „nationalen Neoliberalismus“ geben - sie sind sich einig in Fremdenfeindlichkeit/Rassismus, Chauvinismus und fallen extrem auf durch völlig fehlendes Umweltbewusstsein. Ihr vorgeblicher „Sozialpatriotismus“ (insbesondere Höcke (z.B. „Staatsbürgerrente“ nur für Deutsche) und Le Pen) sind billige / real inhaltslose und populistische „R a t t e n f ä n g e r e i“ im Wählerpotential enttäuschter Sozialdemokraten und Enttäuschten der Linken. Da ruft Bertolt Brecht uns allen zu: Lasst Euch nicht verführen!; Lasst Euch nicht betrügen! Ihre vorgebliche Wirtschaftskompetenz ist knallharter Neoliberalismus mit

deutscher/nationaler Interessenbevorzugung.

Insbesondere Höcke will mit „den westlichen Werten“ aufräumen, die nach allgemeinem Verständnis die menschenrechtlichen Forderungen der Französischen Revolution - Freiheit, Gleichheit und Solidarität - umfassen.

Höcke: „Dieser aufgeblasene Werteschaum soll doch nur das tiefe Loch verlorener Identität zudecken.“ Damit kommt Höcke zur Sache: „Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen. Dann werden die Schutthalden der Moderne beseitigt, denn die größten Probleme von heute sind ihr anzulasten.“

Basisinstitutionen der Moderne sind aber gerade die pluralistische Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit.

Pluralistische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dürfen den entzivilisierten, rechtsgerichteten Demagogen nicht in die Hände fallen. Niemals!

Europäer aller Länder vereinigt Euch! Es liegt an uns, ein wahrhaft demokratisches, ökologisches, sozial gerechtes, solidarisches, internationalistisches und auf kooperativer Zusammenarbeit beruhendes, antirassistisches, humanitäres Europa zu schaffen.

Sorgen wir dafür, dass der Mensch dem Menschen immer mehr ein Helfer wird!

Helmut Gelhardt

KAB DV Trier, Sprecher Gerechter Welthandel

Mitglied BUND, NaturFreunde